

„Nasse Sachen“ verschwanden

Das unterschiedliche Schicksal der Geheimdienste in den einstigen Ostblockstaaten

Georgi Markow war als Schriftsteller erfolgreich, persönlich mit dem Landesherrn befreundet, dem kommunistischen Parteichef Todor Schiwkow. Doch der Byzantinismus um den roten Zaren widerte ihn immer mehr an. Er floh nach London und kämpfte fortan über den Sender BBC gegen den Stalinismus in der bulgarischen Heimat.

Der Diktator brannte darauf, den Treubruch zu rächen. Sein Spionagechef wandte sich hilflos an das KGB, dem die Bulgaren ihrerseits schon manchen Dienst im schmutzigen Krieg der Geheimdienste erwiesen hatten.

Wladimir Krjutschkow, KGB-Spionagechef, ließ den Bulgaren aus der Giftküche des Sowjetgeheimdienstes, dem Laboratorium Nr. 12, eine winzige Kapsel mit dem schwer nachzuweisenden tödlichen Gift Rizin samt Abschußvorrichtung zukommen, die in einem Regenschirm versteckt werden konnte.

Am 7. September 1978 schoß ein aus Sofia geschickter Killer des Geheimdienstes DS, Deckname „Kito“, dem Schriftsteller auf einer Themsebrücke das Giftprofil ins Bein. Markow starb vier Tage später.

Knapp 13 Jahre danach, im April 1991, gab der ausgestiegene KGB-General Oleg Kalugin das Geheimnis preis. Inzwischen war der Mordhelfer Krjutschkow unter Gorbatschow zum KGB-Chef aufgestiegen. Seit August aber sitzt er als gescheiterter Putschist im Gefängnis.

Gestüht ist der Markow-Mord noch immer nicht: Der Mörder lebt als Rentner in Sofia, die Akten des Falles sind verschwunden und mit ihnen zwei Spitzenagenten des DS – die Generäle Wladimir Todorow und Stojan Sawow. Sie setzten sich nach Moskau ab.

Verschwunden sind aber auch andere aufregende DS-Dossiers – das Material über eine bulgarische Verbindung zum Attentat auf Papst Johannes Paul II. im Mai 1981, über die angeblich gleichfalls Fahrten zum KGB führten. Von den 1700 Aktenbänden der Abteilung 6 des DS, die sogenannte nasse Sachen erledigte, wurden über 1500 nach dem Umsturz in Bulgarien Ende 1989 vernichtet.

Bis zu den Wahlen im Oktober, die eine knappe Mehrheit für die Opposition erbrachten, war Bulgariens Geheimdienst ebenso wie die Armee, das Innen- und das Außenministerium immer noch fest in kommunistischer Hand.

Über hundert Mitglieder des berühmten Departments 6 fanden Unterschlupf im neuen Nationalen Sicherheitsdienst, dem weiter innige Kontakte zur



Ungarn-Geheimdienstchef Gálszéczy
Schutzloser als früher

KGB-Außenstelle Sofia nachgesagt werden. Der Geheimdienst, so ein Ex-Agent, sei nach wie vor „Bulgariens stärkste Partei“.

Radikal am Aufräumen sind hingegen die Tschechen mit den Relikten ihrer kommunistischen Vergangenheit einschließlich des Geheimdienstes StB. So radikal, meinen Kritiker, daß der StB doch noch ungewollten Einfluß auf die tschechoslowakische Demokratie habe, weil jeder der 140 000 Bürger, die in seinen Listen als Helfer genannt werden, ob zu Recht oder Unrecht, unter das im Oktober verabschiedete Säuberungsgesetz fällt. Und das belegt ihn fünf Jahre lang mit einem Berufsverbot für jegliches öffentliche Amt.

Im Mai dieses Jahres wurde ein neuer Geheimdienst gegründet, der Föderale Sicherheits- und Informationsdienst (FIS) unter dem Reformier Jiří Novotný. Er soll als „berichterstattendes Organ“ der Regierung für die Sicherheit des Staates sorgen, Terrorismus bekämpfen sowie Staatsgeheimnisse schützen.

Relikte der StB-Spinne aber lassen sich vor allem noch in den ländlichen Strukturen des slowakischen Landesteiles orten. Ex-Geheimdienstler haben angeblich Unterschlupf bei extrem nationalistischen Kräften der Slowakei gefunden,

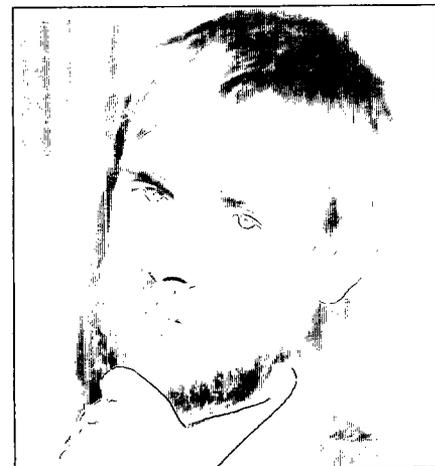
die eine Loslösung von der ČSFR betreiben.

In Ungarn hatte die Geheimpolizei ÁVO in den vierziger und fünfziger Jahren eine blutige Spur hinterlassen. Hunderte Oppositionelle, aber auch Genossen wurden in ÁVO-Kellern gefoltert, ermordet oder nach Schauprozessen hingerichtet. Tausende verschwanden in mörderischen Arbeitslagern.

Beim Volksaufstand von 1956 schossen ÁVO-Einheiten auf friedliche Demonstranten. Die Aufständischen rächten sich mit grausamer Lynchjustiz an den Geheimpolizisten.

Der kommunistische Parteichef János Kádár schaffte die kompromittierte ÁVO nach der Niederschlagung des Aufstandes ab und verteilte ihre Aufgaben auf verschiedene Hauptverwaltungen des Innenministeriums. Fortan überwachte die Verwaltung III/III die Bürger.

Ungarns Stasi verfolgte Oppositionelle, hörte Telefone ab, kontrollierte Kirchen und Künstler, versuchte die verbreit-



ČSFR-Geheimdienstchef Novotný
Radikal am Aufräumen

tete Untergrundliteratur zu stoppen. Sie gewährte aber auch dem internationalen Top-Terroristen Carlos über Jahre Unterschlupf in Budapest.

Zum Skandal gerieten Anfang 1990 Enthüllungen abgesprungener Geheimdienstler, wonach auch die ungarischen Reformkommunisten bis zuletzt Oppositionelle bespitzeln ließen. Premier Németh behauptete, dies sei „ohne Wissen“ der Regierung in einem „gesetzesfreien Raum“ geschehen, die Agenten hätten aufgrund „eigener Gravitationskraft“ einfach weitergemacht. Er suspendierte den Verantwortlichen und löste im März 1990 den Dienst auf.

Die demokratisch gewählte Regierung Antall beauftragte den Minister ohne Portefeuille, András Gálszéczy, einen Juristen, mit der Neuorganisation eines Nationalen Sicherheits- und Informationsdienstes.

Der neue Dienst übernahm keine Offiziere über Majorsrang aus dem früheren Innenministerium. Ausgesondert wurden auch ehemalige KP-Funktionäre und die sogenannten Kadersöhnchen, die wie anderswo im Ostblock auch in den Geheimdiensten auf schönen Posten saßen. Einige hundert Beamte gingen freiwillig.

Die Lücken wurden zum Teil mit Opfern der Verfolgung ausgefüllt – der „Verband ehemaliger politischer Gefangener“ stellte aus seinen Reihen „Berater“. Eine Anzeigenkampagne, in der „moralisch und politisch unbescholtene junge Männer und Frauen“ für den Geheimdienst gesucht wurden, brachte wenig Erfolg, so daß die neuen Dienste unter Mangel an qualifiziertem Personal leiden. Der Minister beklagt, Ungarn sei dadurch „schutzloser“ als früher.

Umorganisiert hat auch Polen seinen Geheimdienst, obwohl das im April 1990 neu formierte „Amt für Staatsschutz“ an der alten Adresse in der Warschauer Rakowiecka-Straße arbeitet und über 10 000 Angehörige des früheren Staatssicherheitsdienstes nach Überprüfung übernommen hat.

Auch Polens neuer Dienst steht im Schatten der Vergangenheit. Viele der über drei Millionen Akten des früheren Geheimdienstes sind verschwunden. Vernichtet wurden vor allem die Dossiers des aufgelösten Armee-Geheimdienstes, der noch bis 1989 die Gewerkschaft Solidarność bespitzelt und seine Erkenntnisse ans KGB weitergereicht hatte (der für die Aktenverbrennung verantwortliche Oberst dient als Militärattaché in Moskau).

Eine Untersuchungskommission bemüht sich, 130 Todesfälle aus der Zeit des Kriegsrechts aufzuklären. Untersucht wird auch immer noch, wer aus der damaligen KP-Führung dem Geheimdienst den Mord am Priester Popieluszko befohlen hat.

Erhalten sind die Strukturen des alten Geheimdienstes dort, wo er bis zuletzt das Volk terrorisierte wie nirgendwo sonst im ehemaligen Ostblock – in Rumänien.

Ceauşescus mörderische Securitate hatte sich zwar zuletzt mehrheitlich gegen den Tyrannen gestellt und damit seinen gewaltsamen Sturz zu Weihnachten 1989 ermöglicht. Gleichzeitig hatte der Geheimdienst (unterstützt vom KGB) dabei geholfen, die Nachfolger zu installieren: Präsident Ion Iliescu und Premier Petre Roman.

Die Anfang 1990 in Informationsdienst umgetaufte Geheimpolizei übernahm zwei Drittel des alten Personals, sorgte bei den Wahlen im Mai 1990 für den Sieg der neukommunistischen Nationalen Front und terrorisierte die Opposition nach alter Art.

Die meisten der prominenten Securisten, die nach dem Umsturz verhaftet worden waren, sind längst wieder frei. Ein Ex-Geheimdienstgeneral, der Details über den Iliescu-Putsch enthüllen wollte, starb im Gefängnis – an „Herzinfarkt“, wie die Behörden mitteilten.

Dossiers, die den neuen Herren gefährlich werden konnten, wurden vernichtet – so schlampig, daß Beamte dabei ertappt werden konnten, als sie Lastwagenladungen voller Geheimdienstakten in die Wälder bei Bukarest karrten und dort anzündeten. Reporter stellten Säcke

rungen mit dem KGB die Erkenntnis gewonnen, womöglich komme man ganz ohne solche Staatssicherheit besser aus.

Gorbatschow, der die Rolle des KGB selbst nach dem Putsch noch verharmloste, aber auch Jelzin sehen in dem Geheimdienst vor allem eine Säule der eigenen Macht.

So ließ denn schon im Mai Rußlands Staatschef Jelzin ein eigenes, russisches KGB mit dem alten Personal schaffen, das ihm dann, wohl wissend, auf welcher Seite sein Brot gebuttert war, während des Putsches weitgehend die Treue hielt und über die Pläne der Zentrale informierte. Gerade darauf, auf diese diktaturerprobten Kader, könnte sich Jelzin aber auch stützen, falls er einen autoritären Weg für Rußlands Weg aus dem Chaos für unerlässlich hielt.



Bergarbeiter-Unruhen in Bukarest: Das Volk verelendet wie in der Dritten Welt

voller angekorkelter Papiere sicher. Die noch vorhandenen Securitate-Akten sollen laut Gesetz 60 Jahre unter Verschluss bleiben.

Unter dem fortdauernden Regime der alten Seilschaften ist Rumänien zum Armenhaus Europas verkommen, in dem das Volk verelendet wie in der Dritten Welt.

Selbst einer der ursprünglichen Nutznießer des Komplotts vom Dezember 1989 fiel noch einer späten Securitate-Intrige zum Opfer: Premier Roman, der es mit Reformen offenbar allzu ernst meinte.

Marodierende Bergarbeiter unter dem Kommando ihres Gewerkschaftsführers und Geheimdienstmitarbeiters Miron Cosma jagten ihn Ende September aus dem Amt. Roman beklagte daraufhin, er sei Opfer einer „sehr professionellen Arbeit früherer Securitate-Leute“.

Ein anderer selbstherrlicher Provinzfürst, der georgische Präsident Gamsachurdia, nützt längst ererbte Staatssicherheitsstrukturen im Machtkampf mit politischen Gegnern: Er ließ die Sondertruppe Omon, die mit KGB-Unterstützung bereits im Baltikum Bandenkrieg gespielt hatte, auf seine Opposition los. Ergebnis: ein Bürgerkrieg in der Kaukasusrepublik, die doch so ganz anders sein wollte als der alte Sowjetstaat.

Wie sehr die alten Seilschaften in den neuen Diensten noch intakt sind, beweist schließlich die Besetzung von Spitzenpositionen der frisch gegründeten Filialen:

Führer des Komitees zum Schutz der Staatsgrenze wurde Ilja Kalinitschenko, der bisherige Stabschef der Grenztruppe, die wie weiland die DDR-Grenzer Schießbefehl hat. Und Chef des Auslandsnachrichtendienstes ist Jewgenij Primakow – dem kann keiner nachsa-